

Wie schreibt man Zeitgeschichte nach Auschwitz? Zum Selbstbild des wiedervereinten Deutschlands

Yuji Ishida

---

Einleitung

Deutschland befindet sich in einer Übergangsphase von der Bewältigung der „alten Schuld“ zur Entstehung eines „neuen Stolzes“. Das ist mein Eindruck von der Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler zum 8. Mai 2005. Er schlug in seiner Rede einen neuen Ton an, indem er äußerte, nachdem die richtigen Lehren aus Krieg und Naziverbrechen gezogen und der Weg zur freien und demokratischen Gesellschaft beschritten worden sei, haben die Deutschen nun guten Grund, stolz auf ihr Land zu sein. Es handelt sich hier um das aus der Demokratie erwachsene Selbstbewusstsein der Deutschen.

Dieses Selbstbewusstsein lässt sich auch an anderen Aussagen der politischen Eliten

erkennen: Beim Staatsbesuch des koreanischen Präsidenten Roh Moo-hyun im April 2005 in Berlin sagte der damalige Bundeskanzler Schröder, dass man in Deutschland durch einen sensiblen und auch selbstkritischen Umgang mit seiner eigenen Geschichte nicht Freunde verliere, sondern Freunde gewinne. Ich zitiere wörtlich: „Das ist die Erfahrung, die wir gemacht haben und an der jeder partizipieren kann, wenn er will.“ Mit diesen Worten hat der Bundeskanzler indirekt Kritik an Japan geübt, das immer noch ungelöste Geschichtsprobleme mit den Nachbarländern hat.

Bezüglich der Türkei ist die Haltung noch härter und klarer, wenn auch hier nicht die Regierung Schröder, sondern die damalige Opposition den Ton angab. Die CDU-Fraktion brachte im April 2005 zum 90. Jahrestag des Völkermordes an den Armeniern im Osmanischen Reich 1915 einen Antrag ein, um im Bundestag an dieses Genozid zu erinnern. Wolfgang Schäuble sagte, der Antrag richte sich nicht gegen die Türkei, sondern sei vielmehr in ihrem wohlverstandenen Interesse. Kein Land könne sich der Verantwortung entziehen, sich seiner Vergangenheit zu stellen. Er sagte wörtlich: „Wenn man eine solche Debatte von außen anstößt, ist die erste Reaktion meistens Verärgerung. Dafür gibt es ja auch in unserer eigenen Geschichte genug Beispiele. Trotzdem ist es nicht unsere Absicht, die Türken zu ärgern, sondern wir wollen ihnen auf einem schwierigen Weg helfen“. Die türkische Regierung hat sofort gegen diese Erklärung protestiert.

Woher kommt das Selbstbewusstsein der deutschen politischen Eliten? Wie steht es um die deutsche Erinnerungskultur in der Gegenwart? Ich habe vor drei Jahren ein Buch zur deutschen Vergangenheitsbewältigung geschrieben und darin erläutert, dass Deutschland durch die vielfältigen und komplexen Prozesse der Vergangenheitsbewältigung zu einem Staat geworden ist, dem allgemein internationales Vertrauen entgegengebracht wird. Dazu hat die Zeitgeschichtsforschung einen großen Beitrag geleistet. Doch was nun? Was hat die Zeitgeschichte noch zu tun? Wie schreibt man Zeitgeschichte nach Auschwitz? Bevor ich darauf eingehe, möchte ich zunächst rekapitulieren, welche Bedeutung die Shoah in der deutschen Politik hatte.

#### 1. Die Shoah und die deutsche Politik: Der Kontextwechsel der Shoah

Die politischen Eliten der Bundesrepublik Deutschland waren am Anfang des Prozesses der Vergangenheitsbewältigung im Umgang mit der jüngsten und dunklen Vergangenheit nicht sicher. Selbst für Bundeskanzler Adenauer, der die „Wiedergutmachung“ gegenüber Israel begann, stellte die Shoah kein Thema dar, mit dem er sich gerne konfrontiert sah. 1955, als die Bundesrepublik ihre Souveränität wiedererlangte und die alliierte Besatzung zu Ende ging, drängte Adenauer bereits auf

die „Normalisierung“ des Landes. Dies entsprach der in der Bevölkerung weit verbreiteten Stimmung der Amnesie und ihrem Verlangen nach Verdrängung von individueller Schuld und von kollektivem Fehlverhalten in der Nazi-Zeit.

Ohne die Außenfaktoren, wie den Eichmann-Prozess und die DDR-Kampagnen gegen die ehemaligen NS-Richter, ohne die heftige Kritik aus dem Ausland an der Bundesregierung wegen häufiger antisemitischer Vorfälle wäre es der nächsten Generation sicher sehr viel schwerer gefallen, eine aktivere Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit herbeizuführen.

Es waren z.B. nicht die politischen Eliten, die den Frankfurter Auschwitz-Prozess initiierten, sondern Fritz Bauer, ein deutscher Jurist jüdischer Abstammung. Die Wortführer in den Bundestagsdebatten um die Verjährung von Mordtaten der Nazi-Zeit waren Ernst Benda, ein jüngerer Abgeordneter und Rechtswissenschaftler der CDU sowie Adolf Arndt, ein Jurist jüdischer Abstammung aus der SPD. Arndt aktualisierte die Jaspers'sche Schuldfrage. Dagegen hatte sich die Bundesregierung Erhard für den Eintritt der Verjährung ausgesprochen. Erhards Nachfolger Kiesinger war sogar ehemaliges NS-Parteimitglied. (Seine Karriere wurde weltbekannt durch die Ohrfeige Beate Klarsfelds. Der Vater ihres französischen Mannes war in Auschwitz ermordet worden.)

Willy Brandts Machtantritt 1969 stellte eine weitere Zäsur dar. Nach dem Wahlsieg soll Brandt gesagt haben, Hitler habe nun endlich den Krieg verloren. In seinem Kniefall vor dem Denkmal für die Opfer des Aufstandes im Warschauer Ghetto zeigte sich der historisch-moralische Anspruch der neuen Bundesregierung. Brandt sagte in einem Spiegel-Interview, „ich habe im Namen unseres Volks Abbitte leisten wollen für ein millionenfaches Verbrechen, das im missbrauchten deutschen Namen verübt wurde.“ Brandt forderte von der deutschen Nation ein „klares Geschichtsbewusstsein“ und betonte, dass nicht die jetzige Regierung, sondern die Reichsregierung Hitler den deutschen Osten auf dem Gewissen habe. Die jetzige Regierung erkenne lediglich die Ergebnisse der Geschichte an. Die Shoah fungierte bei Brandt also als Legitimation dafür, dass die Deutschen nun die Folgen des Zweiten Weltkriegs hinzunehmen hatten.

Gustav Heinemann, der erste Bundespräsident aus den Reihen der SPD, unterstützte in einer Fernsehansprache anlässlich des 100. Jahrestags der Reichsgründung im Jahr 1971 Brandt in seinen Ansichten. So stellte er in der Rede „zweimal Versailles, Auschwitz, Stalingrad, bedingungslose Kapitulation“ in eine Kontinuität und ordnete Auschwitz in die Geschichte des deutschen Irrwegs ein.

Die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 kreiste noch

deutlicher um das Thema Auschwitz. Er nannte den Völkermord an den Juden „beispiellos in der Geschichte“ und hob dessen „Einmaligkeit“ hervor. Er sagte, diese Erbschaft sei unvergänglich und als Erinnerung in der Demokratie verankert. Diese Rede rief harte Kritik und Gegenargumente aus dem konservativen Lager hervor, wie den Artikel, „Die Vergangenheit, die nicht vergehen will“ von Ernst Nolte. Dieser Artikel sollte bekanntlich zum Auslöser des Historikerstreits von 1986 werden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands und das Ende des Kalten Krieges haben die Lage vollkommen verändert. Die Bundesrepublik, die sich de facto die DDR einverleibte, brauchte eine neue historische Selbstbestimmung. Die deutsche Nachkriegsgeschichte wurde als eine lückenlose „Erfolgsgeschichte“ hervorgehoben. Man sprach von der „Ankunft im Westen“, oder dem „langen Weg nach Westen“.

Im Wiedervereinigungsprozess wurde die NS-Vergangenheit wiederum in den Vordergrund gestellt, dieses Mal durch den französischen Präsidenten François Mitterand und die englische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher. Sie hatten Angst vor einem vereinten und größeren Deutschland. Helmut Kohl, der einmal Michael Gorbatschow mit Goebbels verglichen und Ronald Reagan in die Bitburg-Affäre (1985) verwickelt hatte, war trotz seiner Sehnsucht nach einem „normalen Staat“ mit seiner Geschichtspolitik nun vorsichtig. Der Golfkrieg (1990/91) gab der Bundesregierung den Anlass, den Weg zum „normalen Staat“ zu betreten. Auf Forderung der USA wurde die Bundeswehr erstmals außerhalb des NATO-Gebiets eingesetzt. Die mit der Shoah verbundene „Kultur der Zurückhaltung“ wurde zunehmend vernachlässigt und das Selbstbeschränkungsprinzip wurde gebrochen.

Eine weitere Wende kam mit dem Kosovo-Krieg 1999, während dessen sich die Bundeswehr zum ersten Mal an NATO-Kampfhandlungen beteiligte. Die Shoah erlebte hier einen klaren Kontextwechsel. Auschwitz wurde nunmehr herangezogen, um die präventive militärische Intervention – zur Vermeidung eines vermeintlich bevorstehenden Genozids – zu rechtfertigen. Für die damalige Bundesregierung unter Gerhard Schröder wurde die Shoah nun von großer Bedeutung, denn sie stellte nicht mehr ein Hindernis auf dem Weg zum „normalen Staat“ dar, sondern umgekehrt einen guten Grund für *aktivere* Mitwirkung Deutschlands in der neuen globalisierten Völkergemeinschaft. Kein Zufall, dass die Walser-Bubis-Kontroverse genau zu diesem Zeitpunkt stattfand. Martin Walsers Aussage entsprach der verbreiteten Hoffnung der Deutschen, sich von der Dauerbelastung durch Auschwitz endlich befreit zu sehen. Schröder hat zwar betont, es dürfe keinen „Schlussstrich“ unter die Bewältigung der Vergangenheit geben, aber dennoch hat Deutschland mit klaren Schritten ein neues Zeitalter betreten. Umso mehr mussten dabei Auschwitz und die Shoah in der deutschen Erinnerungslandschaft präsent und sichtbar werden. Mit der Einweihung

des Berliner Mahnmals für die ermordeten Juden Europas im Mai 2005, dessen Vorgeschichte von intensiven Auseinandersetzungen geprägt war, ist die Schrödersche Geschichtspolitik vorläufig vollzogen worden.

Der Kontextwechsel der Shoah vollzog sich auch in anderen europäischen Ländern. In den 1990er Jahren begann die Shoah in fast allen europäischen Ländern neue Formen anzunehmen. Dort verdiente die Zeit des Zweiten Weltkrieges besondere Aufmerksamkeit und Themen wie Kollaboration und Nutznießertum wurden erneut aufgegriffen, ohne deren Existenz der Mord an den Juden in dem Ausmaß kaum denkbar gewesen wäre. Die Shoah steht nun nicht nur für die deutschen, sondern auch für die europäischen Verbrechen. Im Stockholmer Holocaust Forum 2000, an dem die Repräsentanten von 48 Nationen einschließlich der EU-Länder teilnahmen, wurde die Shoah als Verbrechen der Menschheit dargestellt. Die Shoah bildet somit sowohl einen Bestandteil der nationalen Geschichte europäischer Länder, zugleich aber auch einen Teil der europäischen Geschichtspolitik.

## 2. Die Shoah und die Geschichtswissenschaft: Vom Paradigmenwechsel zur Genozidforschung

Parallel zum Kontextwechsel der Shoah in der Politik fand in der historischen Forschung ein auffälliger Paradigmenwechsel statt, der nun zu der neuen Disziplin der „Genozidforschung“ geführt hat. Mehrere Jahrzehnte nach 1945 wurde die Shoah nur am Rande behandelt. Es waren nicht die etablierten Historiker wie Friedrich Meinecke oder Golo Mann, sondern die Historiker im neu errichteten Institut für Zeitgeschichte in München, die mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit begannen. Sie trugen zwar zum sensationellen Erfolg des bereits erwähnten Frankfurter Auschwitz-Prozesses bei und ebenso zur Aufklärung der NS-Verbrechen allgemein, gewannen aber keinen großen Einfluss auf die deutsche Geschichtswissenschaft insgesamt.

Die Wende kam erst in den 1980er Jahren. Die konventionelle Sicht der Shoah als Ausdruck des extremen Antisemitismus Hitlers wurde in Frage gestellt. Der bekannte Streit zwischen den „Intentionalisten“ und „Funktionalisten“ wurde nach und nach überwunden. In den letzten 15 Jahren sind fünf wichtige Neuerungen in der Forschung festzustellen, die ich nun in Stichworten kurz erläutern möchte.

- 1) Als soziale und wissenschaftliche Vorbedingung der Shoah wurden die negativen Aspekte der „Modernität“ identifiziert.
- 2) Die These von der kumulativen Radikalisierung der NS-Judenpolitik ist empirisch untermauert. Die NS-Zwangsumsiedlungspolitik, die im Zweiten Weltkrieg unter

dem Namen der „ethnischen Flurreinigung“ betrieben wurde, ist heute als wichtiger Aspekt des Beginns des Völkermords an den Juden anerkannt.

- 3) Die Katalysatorfunktion des Totalen Krieges rassistischer Prägung für die Eskalation der Shoah wird deutlicher herausgestellt, wobei auch die aktive Teilnahme der Wehrmachtseinheiten an der Ostfront am Völkermord bekannt geworden ist. (Studien zu diesen Themen trugen weiterhin zum gestiegenen Interesse an der Beteiligung „normaler“ Menschen an der systematischen Ermordung von Juden und anderen Minderheiten bei).
- 4) Die europäische Dimension der Shoah gilt als bewiesen. In fast allen Besatzungsgebieten stützten sich die deutschen Machthaber auf die Kooperation der Einheimischen.
- 5) Die Vernetzungsprozesse der Verfolger und Nutznießer sind im Zusammenhang mit der „Arisierung“ auch im Detail erforscht. Das Netzwerk erweist sich nicht vertikal, sondern eher horizontal organisiert.

Aufgrund dieser neuen Erkenntnisse ist es weniger produktiv, die Shoah getrennt von den anderen NS-Verbrechen zu betrachten, sondern sie vielmehr im größeren Rahmen eines Komplexes von Genoziden zu behandeln.

Der Genozid ist ein völkerrechtlich bestimmter Begriff, der nur vier Kategorien, nämlich die nationale, ethnische, rassische und religiöse Gruppe als Opfergruppe definiert. Dieser Begriff schließt andere Gruppen wie die politische oder die soziale Gruppe aus. Bedenkt man die Tatsache, dass die Täter meistens in der Lage sind, selbst die zu vernichtenden Gruppenkategorien zu definieren, zu schaffen oder zu konstruieren, so ist es angebracht, den Begriff des „Genozides im weiteren Sinne“ einzuführen, damit auch die durch die Täter willkürlich definierten Opfergruppen unter Betrachtung kommen. Der Mord an den „Asozialen“ und „Homosexuellen“ wird in diesem Rahmen in die Definition von Genozid mit einbezogen. Außerdem kann auch Mord an den unter den Kriegsbedingungen durch die absoluten Machthaber definierten, zu vernichtenden Gruppen, wie z.B. Partisanen, unter den Begriff „Genozid im Krieg“ (genocide in war) eingeordnet werden. Ich möchte diesen Begriff des Genozids im weiteren Sinne für den analytischen Zweck vorschlagen, die verschiedenen Motive der Täter herauszustellen.

Diese Idee wurde auch von deutschen Historikern aufgegriffen, u.a. von Jürgen Zimmerer und anderen, die kürzlich eine neue Forschungsorganisation, das Europäische Netzwerk der Genozidforscher, gegründet haben. Ich bin selbst Gründungsmitglied dieser Organisation und gehöre zum internationalen Beraterausschuss ihrer Zeitschrift, „Journal of Genocide Research“. Diese Zeitschrift ist inzwischen bereits sechs Jahre alt und unterscheidet sich von der Zeitschrift des

US Holocaust Memorial Museum, „Holocaust and Genocide Studies“, vor allem darin, dass es die Shoah nicht bevorzugt behandelt, sondern sich verschiedenen Genoziden der jüngsten Geschichte widmet.

Bemerkenswert ist, dass die Initiative zu diesen Ansätzen nicht direkt auf die Shoahforscher zurückzuführen ist, sondern eher auf Historiker, die sich mit der Geschichte nichteuropäischer Staaten und Völker beschäftigen. Auffällig ist auch, dass sich nicht wenige Historiker, die früher zur Kolonialgeschichte arbeiteten, nun zur Genozidforschung wenden. Die Ansätze der transnationalen Geschichtsschreibung zur Wilhelminischen Zeit stellen die Linien von Kolonialismus zu Nationalsozialismus heraus. Der Lernprozess der Täter über die nationalen Grenzen und über die Generationen hinweg ist eine der interessantesten Fragestellungen in diesem Zusammenhang. Nicht nur Waren und Informationen, sondern auch Unterdrückungsmethoden wurden transnational überliefert. Nach Ansicht von Jürgen Zimmerer begann bereits mit dem Völkermord an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (1904-07) einer von vielen möglichen Wegen, die zu den NS-Genoziden führen sollten. Das Echo auf die Gründung des Europäischen Netzwerks innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft ist noch verhalten. Trotz der interessanten Ansätze sind die etablierten Deutschlandhistoriker noch eher zurückhaltend, auf diese Problemfelder einzugehen. Warum ist das so?

Meine Vermutung ist, dass die etablierten Historiker die Bedeutung und die Notwendigkeit dieser neuen Forschung wohl verstehen, aber selbst noch nicht so weit gehen wollen, weil sie Angst vor dem Vorwurf der Relativierung der Shoah haben. Das Trauma des Historikerstreits wirkt in dieser Hinsicht noch bis heute nach. Die Historiker, die damals Ernst Noltes Versuch der Relativierung mit Recht kritisiert haben, haben Hemmungen, die Shoah vom komparativen Standpunkt aus zu thematisieren. Außerdem scheint die „Einzigartigkeit“ oder die „Unvergleichbarkeit“ der Shoah, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 betonte und auch Bundeskanzler Helmut Kohl eingestand, immer noch fest verwurzelt zu sein, und zwar inner- und außerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft. Das Berliner Mahnmahl für die ermordeten Juden Europas ist ein klares Beispiel. In der Diskussion des Mahnmahls wurden die jüdischen Opfer in jeder Hinsicht bevorzugt. Es scheint eine Hierarchie der Opfer zu geben. Christina Weiss, die Staatsministerin im Bundesministerium für Bildung und Forschung und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien im Kabinett Schröder, gab 2005 bekannt, dass die Bundesregierung zwei weitere Denkmäler in Berlin errichten wird, eines für die während der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma und ein weiteres für die durch die Nazis ermordeten Homosexuellen. Es bleibt abzuwarten, ob die Realisierung dieser Pläne nach dem Regierungswechsel vom Herbst 2005 weiter vorangetrieben werden

kann.

### 3. Genozide in der Dynamik der Politik

Während sich die Geschichtswissenschaftler nur langsam mit Fragen von Genoziden und ähnlichen Phänomenen beschäftigen, machen die politischen Eliten vom Begriff des Genozids im weiteren Sinne prompt für ihre Zwecke Gebrauch. Ich möchte hierfür drei Beispiele anführen:

Erstens: Am 14. August 2004 entschuldigte sich offiziell die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul anlässlich des 100. Jahrestages der Schlacht am Waterberg in Namibia mit klaren Worten bei den Herero für den im deutschen Namen in Namibia begangenen Völkermord. Ich halte diesen Akt für ein epochales Ereignis in der langen Kolonial- und Postkolonialgeschichte. Sie sagte wörtlich:

"Vor hundert Jahren wurden die Unterdrücker - verblendet von kolonialem Wahn - in deutschem Namen zu Sendboten von Gewalt, Diskriminierung, Rassismus und Vernichtung. Die damaligen Gräueltaten waren das, was heute als Völkermord bezeichnet würde - für den ein General von Trotha heutzutage vor Gericht gebracht und verurteilt würde. Wir Deutschen bekennen uns zu unserer historisch-politischen, moralisch-ethischen Verantwortung und zu der Schuld, die Deutsche damals auf sich geladen haben. Ich bitte Sie im Sinne des gemeinsamen "Vater unser" um Vergebung unserer Schuld. "

Wieczorek-Zeul benutzte den Begriff Genozid und bat darauf die Herero um Vergebung, unterschied aber zugleich den Völkermord an den Herero von der Shoah. „Im Sinne des gemeinsamen Vater unser“ entsteht allerdings keine juristische Pflicht zur Wiedergutmachung. Die Herero sind davon enttäuscht, dass die Bundesregierung unter Hinweis auf die hohe Entwicklungshilfe alle Forderungen der Hinterbliebenen der Opfer nach Entschädigung abgelehnt hat.

Zweites Beispiel: Im Fall der Armenier-Frage wird der Begriff Genozid willkürlich gebraucht. Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper (SPD) hat im April 2005 zusammen mit Bischof Wolfgang Huber, dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, das armenische Volk für deutsche Beteiligung an dem Völkermord vor 90 Jahren um Verzeihung gebeten. Er hat sich für die deutsche Beteiligung entschuldigt, obwohl eine deutsche Beteiligung meines Erachtens geschichtswissenschaftlich nicht bewiesen ist.

In dem anfangs erwähnten Antrag der CDU-Bundestagsfraktion vom April 2005



wurde der Begriff Genozid mit Rücksicht auf die türkische Regierung vermieden. Außerdem wurde auf Druck der türkischen Regierung im Januar 2005 der Hinweis auf den Genozid an den Armeniern aus dem Brandenburger Lehrplan für die Sekundarstufe I gestrichen. Diese Entscheidung wurde zwar später rückgängig gemacht, deutet aber auf ein Durcheinander in der Politik und in der historischen Wahrnehmung bezüglich verschiedener Fragen im Zusammenhang mit historischen Genoziden hin.

Das dritte Beispiel betrifft die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien. Im Jahre 1992 verurteilte der damalige Außenminister Klaus Kinkel die „ethnische Säuberung“ durch die Serben als „Genozid“ und forderte zur Bestrafung der Verantwortlichen die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs. Von Kinkel bis Joschka Fischer ist die Ansicht konstant geblieben, die Serben seien für die Konflikte und für die „Säuberungen“ verantwortlich. Die meisten Medien in Deutschland sympathisierten von Anfang an mit den Kroaten, die ihrerseits bemüht waren, den von ihnen begangenen Völkermord an den Serben im Zweiten Weltkrieg zu verharmlosen. Es ist ein Paradox, dass die Bundesrepublik, die sich mit der NS-Vergangenheit lange beschäftigt hat, die Geschichtsklitterung durch die Kroaten nicht kritisierte und so leichtsinnig die NS-Verbrechen auf *eine* Seite der Konfliktparteien projizierte. Die Bombardierungen im Kosovo im Jahr 1999 führten in diesem Zusammenhang zu einem weiteren Desaster.

Die neueste Genozidforschung weist darauf hin, dass die „ethnische Säuberung“ durch Zwangsumsiedlung oft zu einem Genozid führen kann, und dass dabei die Opfer-Täter Beziehungen wechselhaft sind. Oft kann keine Gruppe als permanente Täter- oder Opfergruppe bezeichnet werden.

#### Ausblick

Nach Auschwitz und der Shoah steht die Zeitgeschichtsforschung vor der wichtigen Aufgabe, sich mit den historischen Strukturen, den Bedingungen und Zusammenhängen kollektiver Gewaltanwendung zu beschäftigen. Historische und empirisch fundierte Fallstudien sind die notwendige Grundlage für die vergleichende Genozidforschung, welche zur Verhütung von Genoziden in Gegenwart und Zukunft beitragen soll. Die deutsche Zeitgeschichts- und die Shoahforschung sind in der Lage, aufgrund substanzieller Erkenntnisse zur exzessiven Gewalt zur Etablierung der neuen Genozidforschung Wesentliches beizutragen.